



DR. ANNA KÖBBERLING, MDL

NEUES

AUS DEM LANDTAG



Landtag Rheinland-Pfalz
Torsten Silz

Nach der Sommerpause:

Das Plenum tagt wieder!

Nach dem Ende der Sommerpause (zeitgleich mit den Schulferien) sind die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags wieder in Mainz zusammengekommen, um über neue Gesetze zu beraten und zu beschließen:

Im Bereich der Justiz wurde ein neues Gesetzespaket eingebracht. Dieses soll auch die Sicherheitsüberprüfung von Personen regeln, die Inhaftierten religiösen Beistand anbieten. Die Wiedereingliederung ehemaliger Inhaftierter in die Gesellschaft ist oft ein schwieriger Prozess: Neben einer weiterführenden Begleitung spielen auch die finanziellen Möglichkeiten eine Rolle. Deshalb sollen fortan Inhaftierte die Möglichkeit haben, einen Teil ihrer Vergütung aus Arbeitsgelegenheiten in der Haft freiwillig anzusparen. Diese finanzielle Reserve soll für einen guten Start in die Freiheit und eine erfolgreiche Resozialisierung sorgen.

Auch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wurde in der vergangenen Plenarsitzung behandelt. Dafür müssen in Rheinland-Pfalz einige landesrechtliche Vorschriften geändert werden. Bei volljährigen Menschen mit Behinderungen, und damit in rund 80 Prozent der

Fälle, soll das Land die Zuständigkeit übernehmen, für Minderjährige sollen die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig sein. Diese sind auch Träger der Jugendhilfe, so dass künftig die Bearbeitung bei ihnen in einer Hand liegt. Mit dieser Regelung sollen Zuständigkeitsstreitigkeiten vermieden werden. So soll die heutige Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgelöst und in das Neunte Sozialgesetzbuch integriert werden. Für die Menschen mit Behinderung, die heute Leistungen aus der Eingliederungshilfe beziehen, bringt dies entscheidende Verbesserungen. So können Betroffene künftig mehr von ihrem Einkommen und Vermögen zurücklegen. Zudem werden Ehepartner von Menschen mit Beeinträchtigung nicht mehr herangezogen.

Der Vorsitzende der Rechnungsprüfungskommission stellte den Prüfbericht des Landesrechnungshofs vor und beantragte anschließend die Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2016. Die einstimmige Annahme bescheinigte der Landesregierung eine ordnungsgemäße Haushaltsführung.



Meine sechste „Koblenz-Reise“ habe ich im Sommer unter die Überschrift „Koblenz aus der Sicht von Menschen im Hartz-IV-Bezug“ gestellt. Dabei wollte ich wissen, wie es Menschen in meinem Wahlkreis geht, die länger als ein Jahr arbeitslos sind. Wie kommen sie mit wenig Geld zurecht? Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es? Wie schnell kann man wieder in Arbeit kommen? Aber auch: Was muss politisch geändert werden? Gerade für uns Sozialdemokratinnen und -demokraten ist das Thema von äußerster Wichtigkeit, da wir stets als Vertreter der sozial Schwachen agieren sollten. Dazu habe ich mit Betroffenen gesprochen, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Koblenzer Jobcenters diskutiert und Einrichtungen der Caritas, der AWO, von Pro Familia und der „Schachtel e.V.“ besucht. Das drängendste Problem, auf das ich bei allen Gesprächen als Erstes hingewiesen wurde, ist die unzureichende Versorgung mit kostengünstigem Wohnraum in Koblenz. Es gibt einfach zu wenige kleine, preisgünstige und So-

zialwohnungen, um die dann auch noch Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Studierende, Geflüchtete, Ältere und weitere Gruppen konkurrieren. Deshalb müssen wir uns auch für den Bau von Sozialwohnungen engagieren. Die kürzlich erfolgte Anhebung der Fördermietenstufe, für die ich mich eingesetzt habe, ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Als Fazit der Reise blieb der Eindruck, dass aufgrund des günstigen Arbeitsmarktes in Koblenz derzeit die meisten Menschen Arbeit finden. Dass dennoch so viele unvermittelt bleiben, hat mit Problemen wie fehlenden Schulabschlüssen oder Sprachkenntnissen, Behinderung, Sucht oder anderen zusätzlichen Problemen zu tun, um die man sich mit geeigneten Maßnahmen kümmern muss. Trotz günstiger Rahmenbedingungen bleiben zu viele Menschen in unbefriedigenden Situationen stecken. Gleichzeitig gibt es in Koblenz aber auch eine Fülle sehr zielgerichteter Hilfsangebote und engagierter Menschen.



Neuer Praktikant im Wahlkreisbüro!

Seit dem 20. August haben wir temporären Zuwachs in unserem Büro: Johannes Diederichs wird als Praktikant für sechs Wochen in die politische Arbeit im Wahlkreisbüro und im rheinland-pfälzischen Landtag reinschnuppern. Johannes ist 29 Jahre alt und normalerweise bei den Rhein-Mosel-Werkstätten in der Zentrale beschäftigt. Er erhofft sich Einblicke in meinen Berufsalltag und ich freue mich, ihn in den nächsten Wochen näher kennenzulernen. Vor allem die vielfältigen Aufgabenbereiche haben ihm Lust auf ein Praktikum in meinem Büro gemacht.





Besuch des Campus Koblenz der Universität

Zu einem Gespräch und Austausch hatten mich Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden der Universität Koblenz-Landau eingeladen. Der Einladung bin ich natürlich gerne gefolgt.

Auch bei diesem Termin wurde wieder die Wohnungsnot in Koblenz, nicht nur der Studierenden, thematisiert. Durch die Höhergruppierung von Koblenz bei den Fördermietenstufen des Landes wurde allerdings in jüngster Vergangenheit ein Durchbruch erzielt, der sich positiv auf den Koblenzer Wohnungsmarkt in den kommenden Jahren auswirken wird.

Allerdings gab es auch bei hochschulpolitischen Fra-

gen bezüglich der Organisation und der finanziellen Ausstattung Klärungsbedarf: Vor allem die Vorstellung des Berichts der Expertenkommission zum Hochschulzukunftsprogramm hat an den rheinland-pfälzischen Hochschulen für einigen Wirbel gesorgt. Aktueller Stand ist: Zur möglichen Trennung der Campi der Universität Koblenz-Landau wurde noch keine Entscheidung getroffen. Vielmehr möchte man nun ergebnisoffene Gespräche mit den Hochschulleitungen in Rheinland-Pfalz führen. Eine Zusammenlegung des Campus Koblenz der Universität Koblenz-Landau und der Hochschule Koblenz wird allerdings nicht angestrebt.

Arbeitskreis „Haushalt und Finanzen“

Es dreht sich doch immer nur ums liebe Geld...

In einer Pressekonferenz haben unsere Ministerpräsident Malu Dreyer und Finanzministerin Doris Ahnen den Entwurf der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2019/2020 vorgestellt. Nicht nur, dass das Land Rheinland-Pfalz mit diesem Entwurf die „Schwarze Null“, und einen strukturell ausgeglichener Haushalt vorlegt, einhalten wird, der Entwurf sieht auch zahlreiche Investitionen vor: Das Land intensiviert die Personalaufstockung bei der Polizei und der Justiz. Im Bereich der Gesundheitsversorgung und Pflege werden die Mittel der Krankenhausfinanzierung gesteigert, und die Zuschüsse für Fachkräfte in Pflegestützpunkten erhöht. Bedeutende politische Zukunftsinvestitionen sind der Breitbandausbau und die soziale Wohnraumförderung. Weitere Schwerpunkte sind der Schul- und Hochschulbau, die Zuweisungen des Landes für die Personalkosten im KITA-Bereich, die Ausfinanzierung des

Hochschulpaktes sowie die Stärkung der Kommunen durch die Erhöhung der KFA-Mittel und den Zinssicherungsschirm.

Es handelt sich allerdings zunächst nur um einen Entwurf, den wir in den nächsten Monaten im Parlament und in den Ausschüssen beraten werden. Als Sprecherin des Arbeitskreises „Haushalt und Finanzen“ der SPD-Landtagsfraktion bin ich in die Haushaltsgespräche der einzelnen Ressorts stärker als andere Abgeordnete eingebunden. Zudem möchten auch verschiedene Vereine und Verbände in Gesprächen ihre Bedarfe erläutern und erforderliche Ressourcen beim Land geltend machen. Dafür suchen sie unsere Unterstützung, die sie sich durch eine detaillierte Vorstellung der Projekte und Maßnahmen versprechen. Im Dezember-Plenum werden wir dann über die endgültige Version des Doppelhaushalts im Landtag abstimmen.

IMPRESSUM

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)

Dr. Anna Köbberling, MdL
Triererstr. 69
56072 Koblenz

Kontakt

+49 (0) 261 650 129 45
info@annakoebberling.de

Bildquellen
privat

Layout und Gestaltung

Dennis Feldmann

Redaktion

Anna Köbberling, Alexander Klein

Verbreitung

LT-Wahlkreis 9

Erscheinungstermin

05. September 2018

Veranstaltungsreihe „Gut zu wissen“

Sehr gute Resonanz bei Informationsgesprächen

In regelmäßigen Abständen veranstalten wir Informationsgespräche im Rahmen der Reihe „Gut zu wissen“. Die Themenpalette ist dabei sehr breit und richtet sich nach aktuellen Ereignissen, bei denen ich das Gefühl habe, dass ein Informationsdefizit besteht oder eine Diskussion erforderlich ist. Normalerweise laden wir in das Wahlkreisbüro ein, um in eher intimer Atmosphäre und kleiner Runde mit namhaften Referenten den Themen auf den Grund zu gehen. Die beiden vergangenen Veranstaltungen zum Rechtspopulismus, die im Rahmen der „Koblenzer Wochen der Demokratie“ stattfand, und zur Datenschutzgrundverordnung sprengten allerdings das Platzkontingent, sodass wir in die nahegelegene Gaststätte „Closter Sudhaus“ ausweichen mussten.

Beim Vortrag von Prof. Dr. Gerd Mielke zu dem abendfüllenden Thema „Fremd im eigenen Land? - Rechtspopulismus und Repräsentationskrise“ machte er deutlich, dass die AfD eine fundamentale Bedrohung der politischen Systeme ist. Hinsichtlich der Wählerschaft machte er sich ebenfalls wenig Illusionen und referierte Forschungsergebnisse, nach denen 15-20 Prozent der Menschen besonders anfällig für Sündenbock-Theorien sind, die die AfD bedient. Ein Erstarken des Rechtsextremismus bedeutet aber immer, dass es irgendeinen „Knacks“ in der Gesellschaft gegeben haben muss. In Deutschland führte Mielke dies u.a. auf die Entwicklung der beiden großen Volksparteien SPD und CDU zurück, die beide an bestimmten Stellen den Platz für die AfD freigemacht haben. Die CDU habe sich unter Kanzlerin Merkel mit der Aufgabe der Wehrpflicht, der Zustimmung zur „Ehe für alle“, u.a. zu weit einer liberalen Lebenskultur geöffnet und damit Wähler verloren, die sich nach klaren, konservativen Werten sehnten. Die SPD habe sich vom Bekenntnis zu einem starken Wohlfahrtsstaat entfernt. Insbesondere der SPD schrieb Mielke ins Stammbuch, dass die Wähler-

schaft, die sozialen Ausgleich verlangt, zwar noch da sei – aber besser auf die Straße gebracht werden müsse. Die Themen Wohnen und Pflege sowie die Forderung nach einer Gegenfinanzierung über eine Vermögens- und Erbschaftssteuer sind dafür aus seiner Sicht geeignete Themen.

Die EU-Datenschutzgrundverordnung hat viele Vereine verunsichert. Muss man jetzt alle Mitglieder anschreiben? Darf man bei Festen keine Fotos mehr machen? Sollte man die Homepage besser abschalten? Diesen Ängsten wollten wir entgegenwirken und hatten deshalb den Datenschutz-

experten Dr. Rolf Meier eingeladen. Meiers wichtigste Botschaft: „Locker bleiben!“ Die Datenschutzgrundverordnung solle nur dafür sorgen, dass die Menschen wissen, was mit ihren Daten gemacht wird, und sie das Recht haben, ihre Daten auch zurückzuholen. Es sei alles kein Hexenwerk, und Abmahnungen drohten



erstmal nicht. Ein Hinweis im Anmeldeformular von Vereinen sowie auf der Homepage, dass das Einverständnis zur vereinsbezogenen Verarbeitung der Daten gegeben wird, reicht meistens schon aus. Vor der Veröffentlichung von Fotos sollten die Betroffenen gefragt werden. Bei Kindern ist besondere Sensibilität nötig – hier sollten die Erziehungsberechtigten zustimmen. Bei Gruppenaufnahmen auf Festen sei eigentlich gar keine Einwilligung nötig, aber am sichersten sei es, an geeigneter Stelle (z.B. schon in der Einladung) darauf hinzuweisen, dass fotografiert werde.

Momentan planen wir auch schon wieder die nächste Veranstaltung: Am Mittwoch, dem 14. November, freuen wir uns, unseren Bundestagsabgeordneten Detlev Pilger im Wahlkreisbüro, Trierer Straße 69, begrüßen zu dürfen. Dabei wollen wir ihm bezüglich der Fortschritte bei der Abarbeitung der Vorhaben der Großen Koalition in Berlin auf den Zahn fühlen. Nähere Informationen dazu folgen noch.

SCHON GEWUSST?

Auf meiner Facebook-Seite sind noch mehr Informationen zu meinen Aktivitäten im Wahlkreis und im Landtag zu finden!

[facebook.com/AnnaKoeberling](https://www.facebook.com/AnnaKoeberling)